

Fragen

für die Fragestunde der 151. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 11. März 2020

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	25, 26	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9	Kluckert, Daniela (FDP)	56, 61
Brandner, Stephan (AfD)	1, 2	Konrad, Carina (FDP)	50, 51
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	29, 30	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 76
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)	54	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	39, 40
Friesen, Anton, Dr. (AfD)	55	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 38
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	68, 69	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	63, 64
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	74, 75	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	72, 73	Kuhle, Konstantin (FDP)	23, 24
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	31	Luksic, Oliver (FDP)	34, 35
Herbrand, Markus (FDP)	13, 62	Meiser, Pascal (DIE LINKE.)	41, 45
Herbst, Torsten (FDP)	70, 71	Notz, Konstantin von, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	4, 5	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	21, 22
Huber, Johannes (AfD)	20, 36	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 7
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	6, 48	Renner, Martina (DIE LINKE.)	42, 43
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	18, 19	Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17
Jung, Christian, Dr. (FDP)	60	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 28
Kappert-Gonther, Kirsten, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	58, 59	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 65
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	77, 78		
Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	66, 67		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Seitz, Thomas (AfD)	14, 15	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	33
Tackmann, Kirsten, Dr. (DIE LINKE.)	49	Zimmermann, Sabine (Zwickau (DIE LINKE.)	46, 47
Werner, Katrin (DIE LINKE.)	52, 53		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	22

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundeskanzlerin, Wahlen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland rückgängig zu machen (www.faz.net/aktuell/politik/inland/angela-merkel-kemmerich-wahl-muss-rueckgaengig-gemacht-werden-16620135.html)?
2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Waren der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel Einwände und Kritik aus dem Bundeskanzleramt gegen die Pkw-Maut bekannt (www.welt.de/politik/deutschland/article206327603/Interne-Unterlagen-Kanzleramt-warnte-frueh-vor-der-Pkw-Maut.html), und wenn ja, weshalb hat sie keine Maßnahmen gegen die Durchsetzung der Pläne getroffen?
3. Abgeordneter
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Mitglieder der Bundesregierung werden am Kabinettsausschuss zur Bekämpfung des Rechtsextremismus teilnehmen?
4. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP) Hat die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in ihrem Telefonat mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan angeboten, unterstützendes Personal aus Deutschland zur Bearbeitung der Asylanträge nach Griechenland zu entsenden (www.tagesschau.de/ausland/grenze-tuerkei-griechenland-109.html), und wird sich die Bundeskanzlerin auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass mehr zusätzliches Personal aus allen EU-Staaten zur Bearbeitung der Asylanträge nach Griechenland entsendet wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

5. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP) Wie bewertet das Bundesministerium der Finanzen (BMF) die Ergebnisse des von dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dr. Gerd Müller in Auftrag gegebenen Gutachtens vom Institut für Weltwirtschaft (IfW) Kiel zur Finanztransaktionssteuer, und wurde das Gutachten aus Mitteln des Einzelplans 08 finanziert (www.bild.de/politik/inland/politik-inland/gutachten-zu-scholz-boersensteuer-das-droht-kleinanlegern-69205910.bild.html)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern,
für Bau und Heimat**

6. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass der „Berner Club“, in dem das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz mit anderen Inlandsgeheimdiensten zusammengeschlossen ist (Bundestagsdrucksachen 19/17002, 19/11459, 19/7268, 19/2374, 19/353, 18/10641, 18/8170, 18/7930) nicht nur wie bislang bekannt ein europäischer Zusammenschluss ist, sondern an dessen Informationsaustausch auch Dienste aus Israel (Mossad), Neuseeland (NZSIS), Australien (ASIO), Kanada (CSIS) oder den USA (FBI und CIA) beteiligt sind („Der geheime Club der geheimen Dienste“, woz.ch, 5. März 2020), und inwiefern arbeiten die Dienste dieser Regierungen nicht nur auf Ebene des Informationsaustauschs eng zusammen, sondern nehmen auch an Treffen des „Berner Clubs“ bzw. seiner „Counter Terrorism Group“ teil?
7. Abgeordneter
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann plant die Bundesregierung, den unabhängigen Expertenkreis Islamfeindlichkeit einzusetzen, und welche Akteure werden in dem Gremium vertreten sein?
8. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Zweifel wurden in der Bundesregierung an der beamtenrechtlichen Pflichterfüllung (vor allem der Pflichten zu Verschwiegenheit, politischer Mäßigung und Unterstützung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gemäß § 60 Absatz 2, § 61 Absatz 1, § 67 des Bundesbeamtengesetzes, § 33 des Beamtenstatusgesetzes) des Hans-Georg Maaßen, der laut Medien-Recherchen bereits seit dem Jahr 2000 deutlich als „rechts außen“ wahrnehmbare Meinungen vertrat (<https://netzpolitik.org/2019/der-enthemmte-maassen-zeigt-wie-gefaehrlich-der-verfassungsschutz-ist/>), während sowie nach seiner Amtszeit als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) erwogen, und welche dienstrechtlichen Konsequenzen (zum Beispiel Ruhegehaltskürzung) erwägt die Bundesregierung derzeit gegen Hans-Georg Maaßen, unter anderem wegen dessen nach meiner Auffassung kürzlichen indirekten Aufrufs an die CDU-Mitglieder des Thüringer Landtags (<https://twitter.com/HGMaassen/status/1234829436115177472>), den AfD-„Flügel“-Sprecher Björn Höcke zum Ministerpräsidenten von Thüringen zu wählen, dessen Parteiflügel wiederum von BfV (www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/afd-verfassungsschutz-163.html) demnächst überwacht werden soll?

9. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt die Bundesregierung, angesichts der nun eingeräumten rechten Verdachtsfälle auch unter Soldaten und anderen Bundesbediensteten (www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-militaerischer-abschirmdienst-stuft-14-mitarbeiter-als-extremisten-ein-a-0c387570-b393-4136-a06f-17c3e5507ae9), dass das Bundesinnenministerium mir auf meine dahingehende Schriftliche Frage 26 auf Bundestagsdrucksache 19/6961 durch den Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat Hans-Georg Engelke noch erklärte, ihr lägen „keine Erkenntnisse vor, dass sich Mitarbeiter in [...] Behörden des Bundes ähnlich rechtsextremistisch oder fremdenfeindlich gegenüber Dritten äußerten und betätigten“?
10. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchen Bundesländern kann nach Kenntnis der Bundesregierung das Baukindergeld als Eigenkapital genutzt werden (bspw. durch ein entsprechendes Programm des Landes), und zu welchen Konditionen ist dies nach Kenntnis der Bundesregierung in den jeweiligen Landesprogrammen jeweils möglich?
11. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, allen in Frage kommenden Haushalten zu ermöglichen, dass das Baukindergeld als Eigenkapital genutzt werden kann (z. B. über ein vergleichbares Bundesprogramm oder in Zusammenarbeit mit den Ländern), und wenn nicht, warum nicht?
12. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Liegen der Bundesregierung Meldungen vor, nach denen Gefährder eine Zugangsberechtigung für den Deutschen Bundestag erhalten haben oder diese zum jetzigen Zeitpunkt besitzen, und falls ja, wie viele?
13. Abgeordneter
Markus Herbrand
(FDP)
- Wird die Bundesregierung unter Berücksichtigung der ihr vorliegenden Erkenntnisse über konkrete Heimatorte (bitte die 28 am häufigsten bekannten Heimatorte tabellarisch auflisten, von wo genau die IS-Rückkehrer stammen) der laut Presseberichten (Aachener Nachrichten: www.aachener-zeitung.de/nrw-region/nrw-regierung-rechnet-mit-bis-zu-70-is-rueckkehrern_aid-48763745) noch bis zu 110 aus Nordrhein-Westfalen stammenden IS-Rückkehrern sowie ihrer mitreisenden Familienangehörigen aus Syrien, der Türkei und dem Irak die Landes- und Kommunalbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Strafverfolgung, dem Versuch der Wiedereingliederung in unsere Gesellschaft, der Gewährleistung der

Schul(aus)bildung der minderjährigen Kinder sowie der Verhinderung von erneuten Rekrutierungs- oder Ausreiseversuchen unterstützen?

14. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte vom 13. Februar 2020 (8675/15) im Hinblick auf die illegale Migration nach Deutschland, und gedenkt die Bundesregierung, Flüchtlinge und Migranten, die bewusst über einen illegalen Weg nach Deutschland einreisen, künftig bereits an der Grenze abzuweisen?
15. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- In wie vielen Fällen hätte nach dem genannten Urteil nach Kenntnis der Bundesregierung seit September 2015 eine Abweisung von Migranten an der Grenze erfolgen können (bitte nach Jahren und den fünf wichtigsten Herkunftsländern aufschlüsseln)?
16. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern führt die Bundesregierung Gespräche mit den Bundesländern, um – auch im Falle eines vermehrten Zuzugs asylsuchender Menschen – eine bedarfsgerechte Aufnahme besonders Schutzbedürftiger gewährleisten zu können (z. B. durch die Bereitstellung ausreichend barrierefreier Unterkünfte), und wie plant die Bundesregierung, die Bundesländer diesbezüglich zu unterstützen?
17. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern führt die Bundesregierung Gespräche über die Aufnahme und Verteilung besonders schutzbedürftiger asylsuchender Personen aus der Türkei (wie Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen, Schwangere, Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern oder (unbegleitete) Minderjährige), und welche Verfahren sind diesbezüglich in Planung?
18. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie ist der Umstand, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nach Informationen des Niedersächsischen Flüchtlingsrats im Falle eines oppositionellen kurdischen Flüchtlings aus der Türkei einen Schutzstatus verweigert hat, obwohl dessen Identität und Asylantragstellung infolge der Festnahme des von der deutschen Botschaft beauftragten Vertrauensanwalts dem türkischen Staat bekannt geworden sein soll (www.nds-fluerat.org/42128/aktuelles/bamf-verwaltungspraxis-gefaehrdet-kurdischen-fluechtling/), damit vereinbar, dass in Sitzungen des Ausschusses für Inneres und Heimat des Deutschen Bundestages (z. B. Sondersitzung am 27. November 2019 und Sitzung am 13. Februar 2020) Vertreter

der Bundesregierung erklärt hatten, allen von der Festnahme des Vertrauensanwalts Betroffenen – bis auf zwei Ausnahmen – sei ein Schutzstatus durch das BAMF oder durch Klaglosstellung erteilt worden (bitte so ausführlich und nachvollziehbar wie möglich antworten; der Kurde wurde nach Informationen des Flüchtlingsrats entgegen der Entscheidung des BAMF vom Verwaltungsgericht als Flüchtling anerkannt, a. a. O.), und weshalb wurde den Abgeordneten in den beiden genannten Sitzungen des Innenausschusses nicht mitgeteilt, dass der besagte Vertrauensanwalt sich im September 2019, d. h. vor seiner Festnahme, mit einer E-Mail an die deutsche Botschaft in Ankara gewandt habe und darin Sicherheitsbedenken und die Bitte geäußert haben soll, beim türkischen Außenministerium eine Genehmigung für seine anwaltliche Tätigkeit für die deutsche Botschaft und von den Asylsuchenden in Deutschland entsprechende Vollmachten für seine Recherchen einzuholen, woraufhin die deutsche Botschaft erklärt haben soll, er solle seine Tätigkeit wie bisher fortsetzen (www.tagesschau.de/investigativ/ndr/tuerkei-deutsche-botschaft-anwalt-105.html; auf Bundestagsdrucksache 19/17358 behauptete die Bundesregierung in ihrer Antwort zu den Fragen 11 und 13 der kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vielmehr im Gegenteil, es habe keine entsprechenden Hinweise auf Gefährdungen gegeben), obwohl dies nach meiner Auffassung so gedeutet werden kann, dass die Festnahme des Vertrauensanwalts und die damit verbundenen Gefährdungen für Flüchtlinge in Deutschland hätten verhindert werden können, wenn dessen Bedenken ernst genommen worden wären und seinen Bitten entsprochen worden wäre (bitte ausführen)?

19. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Wie begründet der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, seine Auffassung, das Vorgehen Griechenlands an der Grenze sei „sehr gut“ und auch die Aussetzung des Asylrechts in Griechenland für einen Monat sei „in Ordnung“ (epd vom 4. März 2020), vor dem Hintergrund, dass erhebliche Zweifel an der Vereinbarkeit dieser Maßnahmen Griechenlands (Zurückweisungen von Schutzsuchenden ohne individuelle Asylprüfung, gewaltsame Zurückdrängung von Geflüchteten unter Einsatz von Tränengas, Wasserwerfern und Blendgranaten u. a.; Verweigerung von Asylverfahren in Verbindung mit Abschiebungen in die Herkunftsstaaten) mit dem EU-Asylrecht und insbesondere den Zurückweisungsverboten nach Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention und nach Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention bestehen

(www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Fact_Sheet/Factsheet_Das_Vorgehen_Griechenlands_und_der_EU_an_der_Grenze.pdf; bitte ausführlich in Auseinandersetzung mit den genannten Rechtsgrundlagen begründen), und welche inhaltlichen Regelungen oder Vorgaben hat die Bundesregierung für den Einsatz deutscher Beamter im Rahmen von Frontex-Missionen, insbesondere in Griechenland, getroffen oder in Planung, um sicherzustellen, dass diese sich nicht an Maßnahmen beteiligen, die gegen EU-Recht oder Völkerrecht, insbesondere das Zurückweisungsverbot, verstoßen, bzw. dass entsprechende Verstöße durch z. B. griechische Beamte der Bundesregierung gemeldet werden, damit hiergegen vorgegangen werden kann (bitte so konkret wie möglich darstellen)?

20. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)

Plant die Bundesregierung für die Grenzschutzbemühungen an der griechisch-türkischen Grenze, außer den am 4. März 2020 vom Bundesministerium für Bau und Heimat (BMI) zugesicherten (www.merkur.de/politik/tuerkei-griechenland-syrien-fluechtlinge-erdogan-merkel-migranten-vidaos-asyl-eu-grenze-news-merz-zr-13566876.html) 20 deutschen Grenzschützern und einem seetauglichen Hubschraubers, noch weitere personelle, materielle und finanzielle Hilfe, und falls ja, welche konkreten Maßnahmen?

21. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)

Auf welcher rechtlichen Grundlage fußt die Aussage des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat, er wolle sich dafür einsetzen, Kinder aus den „Flüchtlingslagern“ auf den griechischen Inseln aufzunehmen (FAZ Online vom 4. März 2020 – www.faz.net/aktuell/politik/ausland/aufnahme-von-fluechtlingen-seehofer-fuehlt-sich-missverstanden-16663735.html], abgerufen am 5. März 2020)?

22. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)

Wie ordnet die Bundesregierung die Meldung verschiedener Städte an das BMI, eine Solidarity-City oder auch ein sog. „Sicherer Hafen“ zu sein, im Hinblick auf die nach meiner Auffassung nicht auszuschließende Verwischung oder Infragestellung von Zuständigkeiten beim Sicherheits- und Polizeirecht ein, wenn ausweislich der Homepage von Solidarity-City sogar davon gesprochen wird, mangels rechtlicher Handhabe als Kommune „neue Räume und Möglichkeiten zu schaffen, zu erkämpfen, zu besetzen“ (<https://solidarity-city.eu/de/selbstverstaendnis/>, zuletzt aufgerufen am 6. März 2020)?

23. Abgeordneter
Konstantin Kuhle
(FDP)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über systematische Push-Backs von Migranten an der kroatischen EU-Außengrenze vor, und ist die Bundesregierung der Auffassung, dass solche Methoden mit dem Schengener Grenzkodex vereinbar sind (www.mdr.de/nachrichten/politik/ausland/faktencheck-push-backs-eu-aussengrenze-100.html, letzter Abruf 6. März 2020)?
24. Abgeordneter
Konstantin Kuhle
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung der Juncker-Kommission, dass Kroatien bereit ist, die Außengrenzen der EU rechtskonform zu kontrollieren und zu beschützen und somit dem Schengen-Raum beitreten zu können (https://ec.europa.eu/germany/news/20191022-kroatien_de, letzter Abruf 6. März 2020)?
25. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Wie viele deutsche Polizeibeamte sind nach Kenntnis der Bundesregierung, auch vor dem Hintergrund der Schilderungen von Journalisten, die vor Ort waren und dies teilweise auch in der Bundespressekonferenz dargelegt haben, derzeit an der Grenze zur Türkei auf dem Festland in Griechenland im Einsatz, und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung von der Teilnahme deutscher Beamtinnen und Beamten an den Zurückweisungen, die an der Grenze zur Türkei durch griechische Behörden durchgeführt werden sollen, vor dem Hintergrund, dass über den Einsatz von potenziell tödlicher Tränengasmunition berichtet wird (www.bellingcat.com/news/uk-and-europe/2020/03/04/greek-security-services-may-be-using-potentially-lethal-tear-gas-munitions/), welche unter anderem auf ein neues Gesetz, welches in Griechenland seit dem 1. März 2020 (<https://drive.google.com/file/d/1mK2rvqVUgJpK1976sncCqbDg6l3LIQln/view>) gilt, auch vor dem Hintergrund, dass der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) diese Praxis für rechtswidrig befindet (www.unhcr.org/news/pres/2020/3/5e5d08ad4/unhcr-statement-situation-turkey-eu-border.html), gestützt wird (bitte Einsatzorte und Aufgaben der Polizeibeamtinnen und -beamten sowie die Anzahl der Einsätze bei Rückführungen auflisten)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

26. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung von Angriffen auf deutsche Journalisten und Mitarbeitende von Nichtregierungsorganisationen in Griechenland (www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-auf-lesbos-da-braut-sich-ein-pogrom-zusammen/25599234.html und www.reporter-ohne-grenzen.de/griechenland/alle-meldungen/meldung/behorden-muessen-journalisten-schuetzen/), was vom UNHCR vehement verurteilt wurde, weshalb sie die griechische Regierung zum Handeln aufgerufen haben (www.unhcr.org/gr/en/14137-unhcr-deplores-attacks-against-humanitarians-on-greek-islands-appeals-for-calm.html), und wie setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass deutsche Journalisten ungehindert ihre Tätigkeit in dem EU-Mitgliedstaat Griechenland wahrnehmen können?
27. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten eigenen Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Beteiligung des russischen Militärs und russischer Söldner (<https://carnegieendowment.org/2019/07/08/putin-s-not-so-secret-mercenaries-patronage-geopolitics-and-wagner-group-pub-79442>) an der aktuellen Eskalation in Idlib, und welche Schlussfolgerungen zog die Bundeskanzlerin daraus für das Gespräch mit Präsident Wladimir Putin am 3. März 2020?
28. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Unterstützt die Bundeskanzlerin angesichts der von den Vereinten Nationen in ihrem jüngsten Bericht (www.theguardian.com/world/2020/mar/02/russia-committed-war-crimes-in-syria-finds-un-report) belegten Teilhabe Russlands an der Eskalation in Syrien den Vorschlag, auch die russischen Beteiligten in das bestehende europäische Sanktionsregime aufzunehmen, und wenn nein, warum nicht?
29. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung darüber, inwieweit die türkische Armee ihrer Verpflichtung zur Entwaffnung islamistischer Terrorgruppen wie Hayat Tahrir al-Sham (HTS), Furqat Sultan Murad, Ahrer al-Sharqiya, Failaq al-Sham etc. gemäß dem Waffenstillstandsabkommen zur Bildung einer Deeskalationszone in Idlib von Sotschi (<https://taz.de/Tuerkei-startet-Syrien-Offensive/15666616/>) in der von ihr völkerrechtswidrig besetzten Region Idlib nachgekommen ist, und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung (auch nachrichtendienstliche), dass sich türkische Militärangehörige unter den Kampfeinheiten der terroristischen Gruppen,

wie zum Beispiel HTS, befinden bzw. kämpfen (www.zeit.de/politik/ausland/2020-02/idlib-tuerke-i-russland-luftangriff-islamismus-syrien)?

30. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Welche Länder über Saudi-Arabien hinaus hat der Bundesminister des Auswärtigen Heiko Maas gemeint, als er gegenüber dem Außenminister Saudi-Arabiens, Prinz Faisal bin Farhan al-Saud, sagte, der Exportstopp gelte für alle am Jemen-Krieg beteiligten Parteien (dpa vom 21. Februar 2020), vor dem Hintergrund, dass der Exportstopp im Rahmen der „Ruhensanordnung“ vom 28. März 2019 sowohl hinsichtlich der Genehmigungen als auch der tatsächlichen Ausfuhr nicht für die am Jemen-Krieg und zudem auch am Libyen-Krieg beteiligten Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), weder für rein deutsche Rüstungsgüter noch für Komponenten bzw. Bauteile aus Deutschland gilt (Bundestagsdrucksache 19/10375, Antwort der Bundesregierung zu Frage 2), und zu welchem Verfahren wurde die Bitte der deutschen Botschaft in Riad auf Prozessbeobachtung von saudischer Seite bislang nicht stattgegeben, so dass sich die Bundesregierung bisher kein verlässliches Bild von den Verfahren bezüglich der Ermordung von Jamal Khashoggi machen konnte und weiter um einen entsprechenden Zugang und ein transparentes Verfahren bemühen muss (meine Mündliche Frage 44, Plenarprotokoll 19/145)?

31. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung nach der in der „Washington Post“ (www.washingtonpost.com/politics/2020/02/26/bolivia-dismissed-ist-october-elections-fraudulent-our-research-found-no-reason-suspect-fraud/) von Experten des Massachusetts Institute of Technology (MIT) veröffentlichten Untersuchung, wonach es „höchst wahrscheinlich“ sei, dass Evo Morales bei den Präsidentschaftswahlen in Bolivien vom 20. Oktober 2019 mit einem notwendigen Vorsprung von über 10 Prozent gewonnen hat und damit die von der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) vertretene und von der Bundesregierung unterstützte These, es habe „weit verbreitete, schwerwiegende Unregelmäßigkeiten“ gegeben, widerlegt wurde, womit eine weitere bereits im Dezember 2019 erstellte Analyse des US-amerikanischen Think Tanks „Zentrum für Wirtschafts- und Politikforschung“ (Center for Economic and Policy Research, CEPR) (www.cepr.net/press-release/press-release/press-center-press-releases-oas-final-audit-report-on-bolivia-elections-raises-more-questions-about-its-own-work-than-it-answers-cepr-analysis-concludes/) nochmals bestätigt wurde?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

32. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird sich die Bundesregierung für die Aufsetzung des Themas Euratom-Reform im Rahmen der „Conference on the future of Europe 2020–2022“ einsetzen, und wenn nein, warum nicht?
33. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)
- In welchen Mengen (Angabe bitte in Menge/Anreicherungsgrad/Herkunft) verfügt das dreistaatliche Unternehmen URENCO nach Kenntnissen der Bundesregierung, die sie über ihre URENCO-Kontrollfunktion im Rahmen der Verträge von Almelo, Washington und Cardiff oder in irgendeiner anderen Weise erlangt hat, über angereichertes Uran mit einem Anteil von mehr als 6 Prozent Uran235, und an welchen Projekten (Entwicklung, Forschung etc.) ist die URENCO nach Kenntnis der Bundesregierung beteiligt, bei denen mit höher als auf 6 Prozent angereichertem Uran235 umgegangen wird bzw. umgegangen werden soll?
34. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Wie bewertet das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) das von ihm in Auftrag gegebene Gutachten zum Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung vor dem Hintergrund der voraussichtlichen Nichterreichung der Sektorziele im Verkehr, und welchen konkreten Handlungsbedarf leitet es daraus ab (www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/klimapaket-der-bundesregierung-verfehlt-ziele-ministerien-gutachten-a-e1c80079-7bc7-4521-b05f-3382695cf101)?
35. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung in ihrer Nationalen Wasserstoffstrategie, um sowohl die Produktion als auch die vielfältige Nutzung von Wasserstoff in Deutschland zu etablieren (bitte nach Möglichkeit aufgelistet)?
36. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, den Einsatz staatlicher Hilfen, um die von den Auswirkungen der möglichen Pandemie durch den Covid-19-Virus von Insolvenzen und Entlassungswellen bedrohten Unternehmen (www.t-online.de/finanzen/boerse/news/id_87454474/messebauer-beklagen-wegen-coronavirus-millionenschaden.html und www.ndr.de/nachrichten/info/Kommentar-zum-Coronavirus-Wirtschaft-ist-infiziert,coronavirus234.html) zu unterstützen, und falls ja, mit welchem finanziellen Umfang wurde bisher kalkuliert?

37. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gutachten, Studien und sonstigen Expertisen hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Kohleausstieg in den letzten zwei Jahren beauftragt (bitte Inhalte der 25 teuersten Aufträge einzeln nennen), und wann werden diese Gutachten u. Ä. veröffentlicht?
38. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung eine Änderung der Stromnetzentgeltssystematik, und wenn ja, wann plant die Bundesregierung, entsprechende Vorschläge zu machen?
39. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welchen Preis betrug die 15 Jahre gültige Explorationslizenz für Tiefseetagebau in der sogenannten Clarion-Clipperton-Zone im Pazifischen Ozean (<https://magazin-forum.de/de/node/16329>), und welche Forschungsergebnisse konnte man gewinnen?
40. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wird die Bundesregierung erneut eine Explorationslizenz für Tiefseetagebau (<https://magazin-forum.de/de/node/16329>) erwerben?
41. Abgeordneter
Pascal Meiser
(DIE LINKE.)
- Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Filialen, die die Deutsche Post AG selbst betreibt, sowie die Zahl der Filialen der Postbank AG, in denen Leistungen der Deutschen Post AG angeboten werden, im Zeitraum von 1995 bis heute entwickelt (bitte in 5-Jahresschritten und die zuletzt verfügbaren Zahlen angeben und zudem jeweils gesondert die Zahlen für das Land Berlin ausweisen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

42. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie viele Akten(stücke) bzw. Inhaltsübersichten sind dem Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof für das wiederaufgenommene Ermittlungsverfahren zum Oktoberfestattentat im Jahr 1980 vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) mittlerweile übermittelt worden, und wie weit ist die Auswertung derselben vorangeschritten?
43. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- In wie vielen Fällen hat der Generalbundesanwalt in diesem Zusammenhang die Offenlegung der Identitäten von V-Leuten angefragt?

44. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Zeitplan verfolgt die Bundesregierung beim Pfändungsschutzkonto-Fortentwicklungsgesetz (Beschlussfassung im Kabinett und Zuleitung an den Deutschen Bundestag), und in welchen Punkten sieht sie möglichen Anpassungsbedarf am Referentenentwurf zum Pfändungsschutzkonto-Fortentwicklungsgesetz (Stand: 15. Oktober 2019) vor dem Hintergrund der beim Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz eingegangenen Stellungnahmen (www.bmjv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/Pfaendungsschutzkonto-Fortentwicklungsgesetz.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

45. Abgeordneter
Pascal Meiser
(DIE LINKE.)
- In wie vielen Fällen und für wie viele zu entlassende Beschäftigte sind nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2014 bei der Bundesagentur für Arbeit Anzeigen nach § 17 des Kündigungsschutzgesetzes eingegangen (bitte jährlich aufschlüsseln und für jedes Jahr die zwei häufigsten Wirtschaftszweige angeben, und wenn keine Daten für Wirtschaftszweige verfügbar sind, bitte für jedes Jahr die zwei häufigsten Berufsgruppen angeben)?
46. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele Personen waren nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren 2005, 2010, 2015, 2016, 2017, 2018 und 2019 in plattformvermittelter Arbeit (wie Gig-, Crowd-, Click-, Cloudworking) tätig, und welches sind nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit die zehn häufigsten Tätigkeitsbereiche?
47. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie stellt sich derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung das durchschnittliche Bruttomonatseinkommen in plattformvermittelter Arbeit dar (insgesamt sowie für die zehn häufigsten Tätigkeiten), und wie viele in plattformvermittelter Arbeit Tätige erhalten nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit neben ihrer Erwerbstätigkeit Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (bitte auch deren prozentualen Anteil an Insgesamt angeben)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

48. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Ist es aus der Sicht der Bundesregierung möglich, trotz der Verordnung zum Schutz der Rinder vor einer Infektion mit dem Bovinen Herpesvirus Typ 1 (BHV1), der für Menschen völlig ungefährlich ist und sogar der Verzehr von Fleisch- und Milchprodukten infizierter Tiere als unbedenklich gilt, Herden mit Reagenten nicht zu töten, sondern beispielsweise in benachbarte Länder abzugeben, die weniger restriktiv mit BHV1 umgehen und deshalb keine entsprechenden Verordnungen erlassen haben (www.freiebauern.de/index.php/frei-heraus/180-bhv1-ist-keine-seuche-und-unsere-rinder-sollen-leben), und sind der Bundesregierung Studien bekannt, die Alternativen für infizierte oder geimpfte Tiere in Regionen mit BHV1-freiem Status aufzeigen, sodass auf die Tötung ganzer Bestände verzichtet werden kann (www.chang-e.org/p/rettet-unsere-gesunden-rinder-vor-einer-sinnlosen-massent%C3%B6tung-bhv1)?
49. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
- Welche Studien sind der Bundesregierung bekannt zu den Ursachen von BHV1-Infektionen in Regionen mit BHV1-freiem Status, und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus bezüglich der weiteren Rechtfertigung für die Tötung ganzer Rinderbestände?
50. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Wie steht die Bundesregierung zu der Ausnahmeregelung des französischen Landwirtschaftsministers, Didier Guillaume, für Glyphosat, die es französischen Landwirten ermöglicht, trotz des ab 2021 geltenden Verbots, geringe Mengen des Wirkstoffs einzusetzen, um „den Boden zu schonen, den Kohlenstoff darin zu bewahren und gegen die Klimaerwärmung zu kämpfen“, was seiner Meinung nach unumgänglich ist (www.lafranceagricole.fr/actualites/glyphosate-le-ministre-confirme-sa-position-sur-lagriculture-de-conservation-des-sols-1.12.1781098925.html)?
51. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Wie sieht die Bundesregierung gewährleistet, dass im Falle einer Corona-Epidemie in Deutschland auch isolierte Regionen ausreichend mit Lebensmitteln versorgt werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

52. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten ausstehenden rechtlichen Fragen müssen geklärt werden, um die Veröffentlichung der Studie „Kindeswohl und Umgangsrecht“, die durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) beauftragt wurde, zu ermöglichen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 33, Plenarprotokoll 19/139, S. 17418)?
53. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Bis zu welchem Zeitpunkt rechnet das BMFSFJ mit einer Klärung der rechtlichen Fragen in Bezug auf die Veröffentlichung der Studie „Kindeswohl und Umgangsrecht“ und somit mit einer Veröffentlichung der Studie?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

54. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen erwägt die Bundesregierung, neben dem Exportstopp, um Lieferengpässe bei Schutzmaterial gegen das Corona-Virus abzuwenden und die Produktion und Zuteilung gesundheitsrelevanter Güter in einem Katastrophenszenario zu garantieren?
55. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Unter welchen Umständen der Ausbreitung des Corona-Virus hält die Bundesregierung deutlich verstärkte Grenzkontrollen bzw. eine Grenzschließung für geboten?
56. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)
- Würde die Bundesregierung insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Corona-Virus-Krise eine Aufnahme Taiwans in die World Health Organization (WHO) unterstützen (www.deutschlandfunk.de/machtpolitik-mit-dem-virus-warum-china-taiwan-aus-der-who.799.de.html?dram:article_id=470315)?
57. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Höhe wird nach Kenntnis der Bundesregierung der durchschnittliche Zusatzbeitrag im nächsten Jahr steigen, nachdem die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) bereits 2019 erstmals seit längerer Zeit wieder ein Defizit angehäuft hat (vgl. z. B. „Spahns teure Reformen“, DER Tagesspiegel vom 4. März 2020), und wie

hoch sind die jährlichen Kosten der Gesetzesreformen des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) in dieser Legislaturperiode (bitte nach den 14 kostenintensivsten Gesetzen aufschlüsseln)?

58. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Kappert-Gonther**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung Medienberichte bestätigen, nach denen die Entscheidung der Suchstoffkommission der Vereinten Nationen (Commission on Narcotic Drugs – CND) zu den Empfehlungen der WHO zur Neubewertung von Cannabis auf Dezember 2020 verschoben wird (<https://mjbizdaily.com/expected-delay-in-vote-on-who-cannabis-scheduling-recommendations-sponsors-us-official-to-express-regret-over-decision/>), nachdem die Entscheidung nach einer ersten Verschiebung im Vorjahr eigentlich für die 63. Sitzung der CND vom 2. bis 6. März 2020 geplant war (vgl. Bundestagsdrucksache 19/15931, Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 113), und welche Positionierung nimmt die Bundesregierung gegenüber anderen EU-Staaten zu den WHO-Empfehlungen ein?

59. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Kappert-Gonther**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie plant das Bundesministerium für Gesundheit, auf die Kritik der Berichterstatterin des UN-Frauenrechtsausschusses zu reagieren, Deutschland kooperiere nicht mit dem Ausschuss bei der Umsetzung seiner Menschenrechtsverpflichtungen bezüglich der Regelung des Zugangs zum Schwangerschaftsabbruch in Deutschland (<https://taz.de/Blauer-Brief-von-den-Vereinten-Nationen/!5667748/>), und bis wann wird die Bundesregierung umfassend mit dem UN-Frauenrechtsausschuss kooperieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

60. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)

Von welchen Beteiligungen hat sich die Deutsche Bahn AG in den vergangenen zwölf Monaten getrennt bzw. will sich die Deutsche Bahn AG in den nächsten sechs Monaten trennen (BUZZFEED News Deutschland; „Die Deutsche Bahn ist so hoch verschuldet wie nie – und besitzt trotzdem Krankenwagen und Autowerkstätten im Ausland“; abrufbar unter: www.buzzfeed.com/de/marcusengert/deutsche-bahn-hohe-schulden-zahlreiche-firmen-im-ausland)?

61. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)
- Wie schätzt sich die Bundesregierung hinsichtlich der Umsetzung der „technologieoffenen Förderung“ ein, nachdem gemäß der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie der Bundesregierung „innovative Antriebe und alternative Kraftstoffe“ ermittelt werden sollen (www.bundesregierung.de/breg-de/themen/energiewende/fragen-und-antworten/verkehr/verkehr-456434)?
62. Abgeordneter
Markus Herbrand
(FDP)
- Wo werden Ladesäulen für E-Antriebe im Rahmen des bundesweiten „Masterplans Ladeinfrastruktur“ in den kommenden fünf Jahren im gesamten Kreisgebiet Euskirchen und in der gesamten Städtereion Aachen geplant bzw. gebaut?
63. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche der vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) für das Klimaschutzprogramm 2030 vorgelegten Maßnahmen führen zu einer genauso schnellen, kostengünstigen und in der Menge vergleichbaren CO₂-Einsparung wie ein Tempolimit auf Autobahnen, und welchen Stand haben die über Medienberichte bekannt gewordenen Planungen des Bundesverkehrsministeriums, die Auswirkungen eines Tempolimits auf Autobahnen insbesondere auf das automatisierte und autonome Fahren durch die Bundesanstalt für Straßenwesen untersuchen zu lassen (www.spiegel.de/auto/tempolimit-verkehrsministerium-plant-studie-zu-geschwindigkeitsbegrenzung-a-55386756-f218-4c6d-98eb-8ef15f9cf27a)?
64. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie verteilen sich die Brücken an Bundesfernstraßen auf die jeweiligen Zustandsnoten der Zustandsnotenverteilung der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) (bitte je Kategorie die Anzahl aller Brücken und nicht den Anteil der Verkehrsflächen angeben sowie den Prozentanteil der Kategorie an der Gesamtanzahl aller Brücken angeben), und sind die laut Erhaltungsbedarfsprognose für die Brückenerhaltung im Jahr 2019 vorgesehenen rund 1,47 Milliarden Euro (siehe Bericht zum Stand der Modernisierung von Straßenbrücken der Bundesfernstraßen“ des BMVI vom 10. Februar 2020) vollständig abgeflossen?
65. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Ausbaumaßnahmen sind für den bayerischen Teil der B 85 vorgesehen, und nach welchem Zeitplan sollen diese erfolgen?

66. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie häufig führen zwischen 1. Januar 2018 und 31. Dezember 2019 dieselbetriebene Züge der DB Regio AG auf Strecken in Niedersachsen, die elektrifiziert sind (bitte monatsstufenweise angeben)?
67. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen ist das Projekt Öffentlich-Private-Partnerschaft A 49 Autobahndreieck Ohmtal (A 5) – Anschlussstelle Fritzlar im Investitionsrahmenplan 2019 bis 2023 mit 1,150 Mrd. Euro um 50 Mio. Euro teurer als in Kapitel 1201 Titelgruppe 01 Titel 823 11 Bundeshaushalt 2020 veranschlagt (1,100 Mrd. Euro), und wofür genau sind die 50 Mio. Euro an zusätzlichen Mitteln vorgesehen?
68. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch waren die Ergebnisabführungen der DB Schenker und der DB Arriva an die Deutsche Bahn AG (DB AG) in den Jahren 2014, 2015, 2016, 2017, 2018 und 2019 (bitte getrennt nach Tochterunternehmen und Jahren ausweisen; für das Jahr 2019 ggf. vorläufige Zahlen angeben), und wie hoch war die Verschuldung der DB AG zum Jahresende 2019?
69. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Weshalb wird bei der Trassenvergabe durch die DB Netz AG die entsprechende Gleisfreiheit für Halte von Personenzügen in den Bahnhöfen nach meiner Kenntnis nicht systematisch geprüft, und ist im Rahmen der Planungen für den Deutschlandtakt eine solche systematische Prüfung vorgesehen?
70. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie hat sich der Elektrifizierungsgrad der deutschen Schieneninfrastruktur zwischen dem 31. Dezember 2018 und dem 31. Dezember 2019 entwickelt (bitte nach Kilometern und Anteil am Gesamtnetz aufschlüsseln), und hält die Bundesregierung vor diesem Hintergrund am ausgegebenen Elektrifizierungsziel von 70 Prozent bis 2025 fest?
71. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie viele der in den vergangenen zehn Jahren neu an die Deutsche Bahn AG ausgelieferten IC-Züge waren ab Werk nicht dafür ausgestattet, WLAN für alle Fahrgäste anzubieten (bitte nach Jahren aufschlüsseln), und wie hat sich der Anteil der ohne kostenloses WLAN erbrachten Personenkilometer aller IC-Züge der Deutschen Bahn AG in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte ebenfalls nach Jahren aufschlüsseln)?

72. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Deutsche Bahn AG, es Reisenden mit Interrailtickets zukünftig zu ermöglichen, Reservierungen von Sitzplätzen in Schnellzügen mit Reservierungspflicht im Ausland (z. B. TGV in Frankreich, AVE in Spanien) in ihren Reisezentren bzw. ihrem Online-Buchungsportal zukünftig (wieder) vorzunehmen, und wenn nicht, warum nicht?
73. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH ab 2025 weiterhin Mittel aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung stellen, wenn, wie Aufsichtsratschef Rainer Bretschneider erklärt, der Flughafen Berlin-Brandenburg ab 2025 in der Lage ist, seine Zinsen, Tilgungen und Abschreibungen sowie den Ausbau des Flughafens aus einen Einnahmen darzustellen (vgl. Berliner Morgenpost, 4. März 2020 S. 15), und wenn ja, in welcher Höhe?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

74. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Projekte zur Reduktion des Treibhausgas-Fußabdrucks von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen (z. B. Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaft, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen) wurden bislang durch die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) finanziert, und wie hoch sind die Gesamtausgaben durch die NKI in diesem Bereich?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

75. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche siebzehn größten Förderprogramme des Bundes stehen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen neben der NKI zur Verfügung, um eine finanzielle Förderung zur Reduktion ihres eigenen Treibhausgas-Fußabdrucks zu erhalten (bspw. Einrichtung der Stelle eines Klimaschutz-Managers, energetische Bausanierungen etc.), und wie hoch sind jeweils die Gesamtausgaben durch diese Förderprogramme zur Reduktion des Treibhausgas-Fußabdrucks für Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen seit 2008)?

76. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich des derzeitigen Budgetansatzes für das Kernfusionsprojekt ITER im künftigen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für den Zeitraum von 2021 bis 2027, der im Rahmen der Sitzung des Europäischen Rates zum MFR am 26./27. März 2020 erneut diskutiert wird (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 65, Plenarprotokoll 19/133), und welche Kenntnis hat die Bundesregierung bezüglich eines Zieljahres für den Rückbau von ITER?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

77. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird der „Leitfaden für eine nachhaltige Textilbeschaffung der Bundesverwaltung“, dessen zeitnahe Verabschiedung von der Bundesregierung im Mai 2019 angekündigt wurde (vgl. Bundestagsdrucksache 19/10441 Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 149), veröffentlicht, und wie plant die Bundesregierung, ihr Ziel zu erreichen, bis zum Jahr 2020 50 Prozent der Textilien nach ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Kriterien zu beschaffen, wenn der dafür als Grundlage dienende Leitfaden noch immer nicht vorliegt?
78. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann genau sollen die vom Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller und vom Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil für Februar 2020 angekündigten Eckpunkte für ein Lieferkettengesetz veröffentlicht werden (www.tagespiegel.de/wirtschaft/lieferkettengesetz-mueller-und-heil-wollen-in-den-naechsten-vier-wochen-eckpunkte-vorlegen/25435666.html), und welche konkreten Anpassungen gab es bei der Modifizierung des Fragebogens der zweiten Monitoringrunde des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/gueterproduktion-lieferkettengesetz-sorgt-fuer-unmut-bei-merkel-und-altmaier/25593750.html?ticket=ST-3232061-nDOuDMXRLkRhsqVoNmGc-ap3) im Vergleich zur ersten Unternehmensbefragung?

